

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
13.03.2012
Ausschussbetreuender Fachbereich
Verkehrsflächen
Schriftführung
Norbert Riedel
Telefon-Nr.
02202-141383

Niederschrift

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr
Sitzung am Donnerstag, 24.11.2011

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 20:40 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 29.09.2011 -öffentlicher Teil-
0601/2011**
- 4 Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 5** **Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 6** **Integriertes Stadtentwicklungskonzept Bergisch Gladbach - ISEK 2030**
0409/2011

- 7** **Luftschadstoffuntersuchung zum Bebauungsplan Nr. 5434 - Landschaftsverband-**
0537/2011

- 8** **Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 5434 -**
Landschaftsverband-
0536/2011

- 9** **Boden-/Altlastengutachten zum Bebauungsplan Nr. 5434 - Landschaftsverband -**
0565/2011

- 10** **Umweltgutachten zum Bebauungsplan Nr. 5434 -Landschaftsverband-**
0563/2011

- 11** **Umweltgutachten zum Bebauungsplan Nr. 5580 -Bockenbergr, Haus 4-**
0608/2011

- 12** **Haushalt 2012 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Produktgruppen**
Umweltschutz, Verkehrsflächen und StadtGrün
0590/2011

- 13** **Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen**
Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach
0574/2011

- 14** **Straßenbauprogramm 2012 - Kaule**
0566/2011

- 15** **Straßenbauprogramm 2012 - Am Meiler**
0564/2011

- 16** **RadRegionRheinland - Erneuerung des Radweges L 289 "Straßen"**
0562/2011

- 17** **Schaffung einer Fußgängerkanzel zur Schulwegsicherung in der Graf-Adolf-Straße**
0538/2011

- 18** **Beschlüsse zum Abstimmungsverhalten des städtischen Delegierten in der**
45. Verbandsversammlung des Strundeverbandes am 15.12.2011
0535/2011

- 19** **IV. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0575/2011

- 20** **Anträge der Fraktionen**

- 20.1** **Antrag der CDU und FDP Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur**

Straße In der Auen
0550/2011

- 20.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eingegangen am 28.10.2011, die Tierheimgebühren für die Aufnahme eines Hundes bei der Hundesteuer anzurechnen**
0589/2011
- 20.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verbot der kommerziellen Ausstellung von Tieren auf dem Stadtgebiet von Bergisch Gladbach**
0578/2011
- 20.4 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eingegangen am 31.10.2011, die Produktgruppen "Natur- und Landschaftsschutz" und "Umweltschutz" im Zielsteuerungskonzept und Haushaltsplan mit Zielen zu ergänzen**
0605/2011
- 20.5 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eingegangen am 31.10.2011, die abgegrenzten Parkplätze im Jahr 2012 mit Schranken und Bezahlautomaten zu versehen, die Bewirtschaftung dieser Parkplätze der SVG zu übertragen und ein Parkleitsystem in den drei Zentren zu installieren**
0607/2011
- 21 Anfragen der Mitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Ziffus eröffnet die Sitzung. Die Sitzungsteilnehmer ergeben sich aus dem der Niederschrift angehängtem Teilnehmerverzeichnis. Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird ohne Änderungen genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 29.09.2011 -öffentlicher Teil- 0601/2011

Herr Zalfen fragt nach den Baumstandorten in der Fußgängerzone. Herr Schmickler verweist dazu auf eine Mitteilung unter dem Tagesordnungspunkt 5.

4. Mitteilungen des Vorsitzenden

Es werden keine Mitteilungen gemacht.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Erneuerung des Pflasters in der Fußgängerzone

Herr Kremer informiert über den derzeitigen Stand der Baustelle in der Fußgängerzone. Gearbeitet wird augenblicklich im Bereich zwischen Driescher Kreuz und Poststraße. Erwartungsgemäß hat man zu Beginn noch einige Erfahrungen mit der Baustelle sammeln müssen. Inzwischen haben sich die Abläufe besser eingespielt und es lässt sich ein zügigerer Baufortschritt erreichen.

Auf der Seite zur Galerie hin sind jetzt ebenfalls die ersten Ausschachtungen gemacht worden. Es ist nach Abstimmung mit der RheinBerg Galerie beabsichtigt, diese Seite bis in Höhe des Haupteinganges während des Weihnachtsgeschäftes fertig zu stellen. Sollten die Witterungsverhältnisse weiterhin so günstig bleiben, werden auch in der Poststraße die Arbeiten beendet, bevor die Baustelle zunächst ruht. Beeinträchtigungen für den Karnevalszug sind nicht zu erwarten.

Das Planungsbüro Fischer wird die Planung wegen der Bäume noch vorlegen. Mit der Belkaw ist bereits über die Versorgungsleitungen gesprochen worden. Sobald weiteres bekannt ist, wird wieder informiert.

Die für die Marktbesucher wichtigen Versorgungseinheiten für Strom und Wasser sind mit der Marktaufsicht abgesprochen. Von diesen Terminals aus wird auch die Entsorgung erfolgen.

Auf Nachfrage von Herrn Mömkes bestätigt Herr Kremer den optisch wahrnehmbaren Niveauunterschied zum Altpflaster. Wegen der zentralen Rinne ergibt sich eine DIN-gerechte Neigung.

Herr Komenda fragt nach dem Sachstand für die Anbringung der Beleuchtung.

Herr Kremer bestätigt, dass die Vorgabe von 2/3 der Hauseigentümer erreicht werden konnte. Der Beleuchtungsplan wird noch entwickelt, mehrere Varianten zur Führung entlang der Häuserfronten sind möglich.

Straßenbauarbeiten in der Handstraße

Herr Hardt berichtet über die Straßenbauarbeiten in der Handstraße. Zwar ist die Deckschicht aufgetragen, es sind jedoch Mängel feststellbar, weshalb die Deckschicht erneuert werden muss. Der Gewährleistungsmangel wird wegen der Witterung allerdings erst im kommenden Jahr behoben werden können.

6. Integriertes Stadtentwicklungskonzept Bergisch Gladbach - ISEK 2030

0409/2011

Herr Schmickler führt in den Tagesordnungspunkt ein. In der letzten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses ist zentral für alle Ausschüsse ein Vortrag über das Stadtentwicklungskonzept gehalten worden. Heute steht Frau Dr. Werheit für sich ergebende Fragen und Sachaufklärungen zur Verfügung.

Auf Nachfrage von Herrn Zalfen erläutert Frau Dr. Werheit, dass aus ihrer Sicht die Rolle der Verwaltung über die fachliche Grundlagenarbeit hinaus in Zukunft auch darin gesehen werden muss, Prozesse anzustoßen und zu begleiten. Eine Vernetzungsaufgabe ist damit weit mehr in den Vordergrund zu stellen, die sich vor allem auf die umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger sowie die Koordination der unterschiedlichen Interessen bezieht.

Herr Ziffus fragt nach der auf Seite 10 genannten Vernetzung städtischer Freiräume und wie sich dies konkret erreichen lässt. Frau Dr. Werheit verweist auf das Ziel, die großflächigen Grünräume und Grünzonen möglichst miteinander zu einem leistungsfähigen Flächenverbund zu vernetzen. Dieser Punkt ist auch im Freiraumkonzept sehr intensiv angesprochen worden. Bei einer baulichen Planung muss jeweils von Fall zu Fall abgewogen werden. Es zeigt sich nach ihrer Erfahrung, dass heutzutage bauliche Aspekte mit ökologischen Wertigkeiten sehr viel stärker in Einklang zu bringen sind.

Herr Zalfen kritisiert die Aufwendungen für das Stadtentwicklungskonzept. Seine Fraktion ist der Ansicht, es sei viel Geld für wenig greifbares ausgegeben worden. Er hält das Konzept für eine Zusammenschreibung von altbekannten Tatsachen. Herr Komenda schließt sich an. Er hätte sich gewünscht, für das Konzept wären auch Zuschussgeber gesucht worden.

Herr Ziffus hält die vorgelegte Planung für sehr gelungen. Er fragt nach der Verknüpfung des Konzeptes zur Verkehrsentwicklungsplanung, die seiner Meinung nach Grundlage eines Flächennutzungsplanes ist.

Herr Schmickler verweist auf den Aussagewert des Stadtentwicklungskonzeptes für nachfolgende Planungsschritte. Viele im Rahmen des Stadtentwicklungskonzeptes erhobene Daten würden in späteren Schritten erneut nützlich sein. Insofern erkläre sich auch der finanzielle Aufwand für diese Grundlagenarbeit, die in einem sehr intensiven Beteiligungsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern entstanden ist.

Herr Santillán begrüßt den Wert des Konzeptes, welches einen geschlossenen Überblick über mehrere Themenbereiche gibt und nicht nur ein Fachthema beleuchtet. Insofern ist der Ansatz richtig und das Ergebnis interessant. Er fragt nach den noch folgenden Kosten für das Konzept. Letztlich würde seine Fraktion erstmal nicht zustimmen können, weil das Gewerbeflächenkonzept noch offen ist.

Herr Galley begrüßt den grundsätzlichen Wert eines Stadtentwicklungskonzeptes. Er sieht die starke Einschaltung von Gutachterbüros für eine derartige Arbeit kritisch, zumal bei andern Planungen andere Wege praktiziert werden.

Frau Schneider sieht in der Arbeit in erster Linie eine Faktenzusammentragung. Es fehlen aus ihrer Sicht Zielvorstellungen und weitere Aussagen zu verkehrlichen Belangen. Gerade die Verkehrsthemen hätten bei den Gruppenprozessen eine große Rolle gespielt.

Frau Dr. Werheit bestätigt die intensive Beschäftigung der beteiligten Bürgerinnen und Bürger mit den verkehrlichen Belangen. Durch das Stadtentwicklungskonzept ist innerhalb von sehr kurzer Zeit jetzt eine gute Grundlagenarbeit entstanden, auf die man in vielen Bereichen aufbauen kann. Leider ist es aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen nicht möglich, alle Arbeiten gleichzeitig zu leisten, daher werde die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes bisher vorrangig gegenüber einem Verkehrsentwicklungsplan gesehen.

Die im Konzept enthaltenen Zielvorstellungen sind, da sie auf die Gesamtstadt bezogen sind, natürlich zunächst teilweise eher abstrakt. In Teilbereichen, insbesondere zu den Schwerpunktthemen und zu den Stadtteilen, sind soweit wie möglich konkrete Aussagen formuliert. Ein Stadtentwicklungskonzept lässt sich nur schwerlich in Kooperationsmodellen mit Universitäten usw. entwickeln. Dies könnte allerdings ein Weg sein bei anderen Planungsthemen. Allerdings würden heutzutage derartige Leistungen auch ihren Preis haben, da Universitäten auf Drittmittel angewiesen sind.

Herr Mömkes hält das vorgelegte Stadtentwicklungskonzept für eine gute Ausgangsbasis für weitere Planungen des Flächennutzungsplanes. Wichtig ist die erreichte Gesamtschau für ziel- und zukunftsorientierte Planungen. Beschriebene Ziele können dann umgesetzt werden.

Auf eine Anregung von Herrn Ziffus zur Vertagung bis zur nächsten Sitzung am 2. Februar verweist Herr Schmickler auf die Beratungsfolgen zu diesem Tagesordnungspunkt. Da der Stadtentwicklungsausschuss am 26. Januar tagt, ergibt sich für heute die Notwendigkeit, einen Beschluss zu fassen.

Der Antrag, die Verabschiedung des Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung zu verschieben, wird bei Zustimmung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/BfBB sowie der Freien Wähler gegen die Stimmen von CDU, SPD sowie FDP abgelehnt.

Es wird über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Mit den Stimmen der CDU, der SPD sowie der FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE/BfBB sowie der Freien Wähler wird dem Beschlussvorschlag mit Mehrheit zugestimmt.

7. **Luftschadstoffuntersuchung zum Bebauungsplan Nr. 5434 -
Landschaftsverband-
0537/2011**

Herr Ziffus erinnert an die Vorlage aus der Sitzung des Planungsausschusses.

Herr Schallehn verweist auf das Gutachten, worin schon jetzt beim Jahresmittelwert bei den Stickoxiden drei Überschreitungen festgehalten sind. Er fragt, wieso nicht schon jetzt Luftreinhaltepläne erstellt werden. Zudem sei bei den Stickoxiden bei der Kurzzeitbelastung eine Tabelle dargestellt, bei der eine Wahrscheinlichkeit der Überschreitung der 18 Höchstfälle

angegeben wird. Er würde sich eher wünschen, die konkrete Anzahl der Überschreitungen dort anzugeben.

Frau Bierganns antwortet für die Verwaltung zu den NO₂ Überschreitungshäufigkeiten. Die sensiblen Auslöseschwellen bei NO₂ sind die Jahresmittelwerte sowie für die Feinstaubproblematik die Überschreitungshäufigkeiten. Sie wird überprüfen, wieso der Gutachter dies teilweise nicht konkret ausgewiesen hat.

Herr Schallehn verweist auf die Richtlinie. Danach darf der Grenzwert von 200mg 18 mal im Jahr überschritten werden. Die Anzahl der möglichen Überschreitung wird im Gutachten nicht dargestellt.

Herr Ziffus bemängelt grundsätzlich die fehlenden Messungen im Stadtgebiet.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

8. Schalltechnische Untersuchung zum Bebauungsplan Nr. 5434 - Landschaftsverband-0536/2011

Ohne weitere Beratungen nimmt der Ausschuss die Mitteilungsvorlage zur Kenntnis.

9. Boden-/Altlastengutachten zum Bebauungsplan Nr. 5434 - Landschaftsverband - 0565/2011

Herr Ziffus erinnert an seine Feststellungen zum B-Plan Industrieweg. Aus historischen Quellen ist zu entnehmen, dass es eine alte Leitung gegeben habe, die aus dem Bach am Gräfensweiher das Wasser übergeleitet hat in den Saaler Mühlenbach. Genau in diesen Bereich einer möglichen Leitung kommt man nun hinein. Man wird also bei den Bauarbeiten mit einem solchem Überleitungslauf rechnen müssen. Fraglich ist, ob man die Gelegenheit nutzt, im Osten des Gebietes ein offenes Gewässer herzustellen und das Wasser abzuleiten. Da entlang der Linie 1 ein offenes Gewässer besteht, gäbe es dafür Möglichkeiten. Zudem weisen die Aufschüttungen darauf hin, dass es dort früher einen Mühlenteich gab, von dem auch die Anwohner berichtet haben.

Hinsichtlich der Vernässung in einem Bereich des Plangebietes sieht Herr Kremer keine Verbindung zu einer möglichen Leitung. Die Aufschüttungen bestehen weitestgehend aus Sand oder Kies und dürften keine Verunreinigungen aufweisen.

Herr Galley fragt nach den Konsequenzen, falls eine Leitung entdeckt würde.

Herr Schmickler sieht keine konkreten Anhaltspunkte für eine mögliche Leitung. Falls etwas aufgefunden würde, würde man damit in geeigneter Form umgehen, alles andere seien Spekulationen.

Herr Kremer verweist auf die Aufschüttungen auf dem Gelände, die jünger seien als die beschriebene mögliche Leitung. Insofern erwarte er auch aus diesem Grunde keine Auswirkungen.

Herr Jäger verweist ergänzend darauf hin, dass mit den Aufschüttungen auf dem Gelände die frühere Hanglage ausgeglichen wurde. Diese Aufschüttungen sind weit überwiegend als unproblematisch einzustufen und müssen auch nicht unbedingt abgetragen werden. Zur Frage der Wasserproblematik hat der Gutachter versucht, die vorliegende Information zur beschriebenen Leitung zu überprüfen. Bei Bohrungen sind zwar vernässte Zonen gefunden worden, da aber auf dem gesamten Gelände ein unterliegender Tonhorizont aufzufinden ist, dürfte es sich

eher um Stauwasser handeln. Ein freier Wasserspiegel ist nicht erbohrt worden, ebenso wenig wurde Grundwasser erbohrt. Dazu gibt es eine klare Aussage im Gutachten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**10. Umweltgutachten zum Bebauungsplan Nr. 5434 -Landschaftsverband-
0563/2011**

Herr Ziffus führt in den Tagesordnungspunkt ein und bittet Herrn Mai um Erläuterungen zu den Ausgleichsmaßnahmen.

Herr Mai stellt dar, dass es sich um ein vereinfachtes Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes handelt. Aus diesem Grunde ist ein Ausgleich nicht erforderlich. Erarbeitet wurde ein Umweltbericht, der allerdings nicht den Ansprüchen eines qualifizierten Bebauungsplanes entsprechen muss.

Frau Schneider legt Wert auf die Feststellung, dass die neue Situation erheblich besser sein wird als der jetzige Zustand des Geländes.

Herr Schmickler unterstreicht ebenfalls die Verbesserungen. Heute handelt es sich um eine weitestgehend versiegelte Fläche.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**11. Umweltgutachten zum Bebauungsplan Nr. 5580 -Bockenberg, Haus 4-
0608/2011**

Herr Ziffus verweist auf die Vorlage im Planungsausschuss sowie die heute von der Verwaltung vorgelegte Tischvorlage.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**12. Haushalt 2012 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Produktgruppen
Umweltschutz, Verkehrsflächen und StadtGrün
0590/2011**

Herr Schallehn bittet um Auskunft zur Reduzierung des Förderbetrages für die Maßnahme in der Fußgängerzone und die Auswirkungen durch die Verminderung des Fördersatzes. Herr Schmickler verweist darauf, dass eine 80%ige Förderung immer noch überdurchschnittlich ist. Die meisten Maßnahmen werden nur noch mit 70 % gefördert. Sparmaßnahmen an anderen Stellen sind nicht notwendig, der Ausgleich wird insgesamt im Rahmen des Kreditdeckels hergestellt.

Wegen der aufgeschobenen Beratungen zum Haushaltsplan 2012 wird die Vorlage nicht weiter behandelt.

**13. Ordnungsbehördliche Verordnung über die Aufrechterhaltung der öffentlichen
Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach
0574/2011**

Herr Zalfen erinnert an die Anregung der SPD zum Glasverbot bei Karnevalszügen und bittet um Auskunft zur beabsichtigten Regelung des § 5 hinsichtlich der Tiere. Dem schließt sich Herr Santillán zur Frage des Verbotes für große Hunde an der Saaler Mühle an. Herr Jentsch spricht die

allgemeinen Verhaltenspflichten in § 2 an und sieht eine deutlich erweiterte Regelung gegenüber der Mustersatzung. Das Ballspielverbot auf den Kinderspielplätzen hält er für überzogen, ebenfalls das Verbot, dorthin Hunde mitzunehmen.

Herr Widdenhöfer erläutert das Glasverbot. Untersagt ist nach § 6 das Wegwerfen und Zurücklassen von Glas. Zudem wird bei Verkaufsständen entlang des Karnevalszuges die Auflage erteilt, keine Gläser zu verwenden. Im Mai 2011 ist im Haupt- und Finanzausschuss kein Beschluss gefasst worden. Vielmehr soll das kommende Karnevalsfest noch abgewartet und die Erfahrungen daraus ausgewertet werden.

Bei der Anleinpflcht gibt es Regelungen im Landeshundegesetz. Dieses Gesetz gibt jedoch keine Handhabe für die Anleinpflcht von großen Hunden im Bereich der Saaler Mühle, da es sich um den Außenbereich handelt. Der Grund für die Anleinpflcht ist die Vielzahl von Erholungssuchenden, Sportlern und Hundehaltern, die den Weg rund um den Saaler Mühlenteich nutzen.

Hinsichtlich des Brauchtumsfeuers sind nur die Teile aus der Mustersatzung übernommen worden, die für Bergisch Gladbach relevant sind. Die Regelungen zu den Spielplätzen gehen auf Vorschläge aus dem Jugendhilfeausschuss zurück.

Ergänzend erläutert Herr Höller die Situation im Bereich des Begräbniswaldes an der Reuterstraße, der erweitert werden soll. Das Hundeverbot in den Waldgebieten wird dann gelten, nicht aber auf den Wegen, die die Bebauungsbereiche erschließen.

Herr Schermer als Vertreter des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen spricht die Problembereiche Hundedreck, die Benutzung der Bürgersteige durch Fahrradfahrer sowie den Überwuchs von Sträuchern an und fragt nach den Kontrollmechanismen.

Herr Widdenhöfer verweist auf die Kontrollen durch die Stadtwächter. Der fließende Verkehr wird von der Polizei überwacht. Beim Überwuchs wird die Ordnungsbehörde tätig, Fälle können dort angezeigt werden.

Herr Komenda regt an, die Anleinpflcht in § 5 I auf den Bereich der IGP auszuweiten. Er bezweifelt, dass das Verbot der Fütterung nach § 5 III kontrolliert werden kann.

Herr Schallehn regt zum Glasverbot eine freiwillige Lösung an, indem ein Tausch von Glasflaschen angeboten wird. Außerdem empfindet er die Regelungen in § 2 als unverständlich scharf. Die Regelungen des § 9 zur Mittagsruhe wiederholen lediglich die gesetzliche Regelung.

Frau Schneider fragt nach dem Problem des Wildpinkelns.

Herr Widdenhöfer rät davon ab, die Anleinpflcht auch auf die IGP auszuweiten. Aus dem dortigen Bereich liegen bislang keine Beschwerden vor. Die Formulierung zum Brauchtumsfeuer entspricht der Musterverordnung. Die Erfahrung wird zeigen, ob diese praxisgerecht ist. Bei der Wahrung der Mittagsruhe handelt es sich um eine weitergehende Regelung, als sie die Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung vorsieht. Mit den allgemeinen Verhaltenspflichten in § 2 hat man jetzt eine Möglichkeit für ein Einschreiten, die sich aus den Erfahrungen aus den letzten Jahren ergeben. Wildpinkeln ist grundsätzlich verboten und kann mit einem Bußgeld belegt werden.

Herr Schallehn beantragt, das Ballspielen weiter zu erlauben (§ 8 Absatz 2). Er spricht sich gegen Formulierungen in § 2 aus. Die Probleme der Notdurft sind auch zurückzuführen auf die geringe Anzahl an öffentlichen Toiletten. Er regt an, die öffentliche Toilette neben dem Rathaus Bergisch Gladbach wieder kostenlos zugänglich zu machen.

Herr Wagner fragt nach der Umsetzung der Satzung und spricht die Sachbeschädigung an öffentlichen Einrichtungen besonders in Refrath an. Er bittet um Information über die Fälle, in

denen ein Bußgeld verhängt wurde. Aus seiner Sicht funktioniert die Überwachung nur im Bereich des ruhenden Verkehrs. Herr Galley schließt sich den Aussagen an.

Frau Bilo regt an, Laubsauber ebenfalls in der Satzung zu berücksichtigen.
Herr Santillán schließt sich dem an und kritisiert die in einem Fall aus seiner Sicht unverhältnismäßige Höhe von Bußgeldern.

Herr Schallehn schlägt vor, Tütenspender in der Stadt aufzustellen, um Verschmutzungen zu vermeiden.

Herr Widdenhöfer verweist auf die Regelungen in der Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung. Daher tauchen Laubsauger nicht in der Satzung auf. Durch die Satzung wird insgesamt eine Rechtsgrundlage für die Polizei sowie für den städtischen Außendienst geschaffen. Insofern hat die Stadt auch keinen vollständigen Überblick über die ausgesprochenen Bußgelder. Hinsichtlich der Kontrolle sind die Möglichkeiten der Ordnungsbehörde natürlich beschränkt. Es sind nur noch drei Stadtwächter im Einsatz, damit lassen sich natürlich keine flächendeckenden Kontrollen realisieren. Hinsichtlich der Regelung in § 2 ist nun eine Rechtsgrundlage geschaffen, in bestimmten Fällen vorgehen zu können. Daher mussten die Formulierungen auch sehr konkret ausfallen.

Herrn Santillán beantragt, in § 8 Absatz 2 die Formulierung „sowie Ballspielen jeglicher Art“ zu streichen.

Herr Zalfen beantragt die Aufnahme des Laubsaugers in den Satzungstext. Dafür spricht sich auch Herr Krafft aus.

Herr Widdenhöfer verweist auf eine erforderliche redaktionelle Änderung in § 6. Im Absatz 1 müsse der Punkt 5 als eigener Absatz ausgewiesen werden.

Auf Anregung von Herrn Krafft wird im § 6 Absatz 1 Nr. 1 der Begriff Lebensmittelreste erweitert. Als konkretes Beispiel solle der Kaugummi dort benannt werden.

Unter Berücksichtigung der beantragten Streichung in § 8 Absatz 2 und der beantragten Ergänzungen beschließt der Ausschuss die ordnungsbehördliche Verordnung einstimmig bei drei Enthaltungen aus den Reihen der Stadtratsfraktion DIE LINKE/BfBB und der FDP.

14. Straßenbauprogramm 2012 - Kaule *0566/2011*

Herr Komenda fragt, wann der zweite Teil der Kaule hergestellt wird. Außerdem möchte er wissen, wie es mit den Baumpaten besonders für den unteren Teil steht. Im kleinen Teilstück im Zufahrtbereich zur Kölner Straße wird die bestehende Einbahnstraßenregelung häufig missachtet. Herr Komenda möchte wissen, ob dort eine Gegenverkehrsregelung möglich ist.

Um den Gefahren durch die teilweise hohe Geschwindigkeit der PKW in der Kaule zu begegnen, schlägt er ferner vor, über gekonterte Einbahnstraßen nachzudenken, damit der Abkürzungsverkehr als Umgehung für die Kölner Straße verhindert werden kann.

Wegen der in der Vorlage beschriebenen Probleme mit den Radfahrern regt Herr Santillán die Anlegung eines separaten Radweges an.

Herr Hardt teilt mit, der zweite Teil der Kaule würde um etwa ein Jahr verschoben folgen. Die Einrichtung einer gekonterten Einbahnstraße sähe eine völlig andere Konzeption vor. Spätestens bei der Planung für diesen zweiten Teil wäre dann zu überlegen, ob man die Einbahnstraße in Gegenrichtung anlegt. Dies wäre eine ganz andere Situation als heute.

Den Vorschlag zur Einmündung sieht er kritisch, vor allem weil die Führung für die Radfahrer dann problematisch wäre. Soweit jemand den Bereich verkehrswidrig befährt, würde sich ein ordnungsbehördliches Einschreiten anbieten.

Ein erhöht geführter Radweg wäre insofern schwierig, als nicht überall genügend Fahrbahnbreite zur Verfügung steht. Grundsätzlich geht der Trend sowieso dazu, Radwege optisch markiert in der Fahrbahn zu führen.

Herr Höring spricht sich gegen eine Gegenverkehrlösung im Einmündungsbereich Kölner Straße aus. Er würde eher anregen, über eine Einbahnregelung für Opel Gieraths nachzudenken.

Der vorgelegte Plan ist gut und sinnvoll.

Er fragt außerdem nach Erkenntnissen für die Benutzung der Einbahnstraße entgegen der Fahrtrichtung für den Bereich zwischen der Straße Auf der Halde und der Straße Reiser.

Nach Auskunft von Herrn Widdenhöfer ist die Kontrolle des fließenden Verkehrs Angelegenheit der Polizei, weshalb ihm darüber keine Erkenntnisse vorliegen.

Herr Ziffus ruft zur Abstimmung auf.

Einstimmig fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr den Beschluss, den Abschnitt der Straße Kaule im Bereich Kölner Straße bis Forststraße/Reiser gemäß der in der Sitzung vorgestellten Form zu erneuern.

15. Straßenbauprogramm 2012 - Am Meiler *0564/2011*

Herr Ziffus übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Mömkes.

Herr Hardt gibt ergänzend bekannt, dass aus der Bevölkerung Befürchtungen geäußert wurden, der Zeisigweg würde abgebunden, sobald die Parallelstraße Am Meiler ausgebaut wird. Den Anwohnern ist bereits versichert worden, dass es keine solche Absicht gibt.

Herr Mömkes ruft zur Abstimmung auf.

Einstimmig fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr den Beschluss, die Straße Am Meiler entsprechend der vorgestellten Straßenplanung im Separationsprinzip auszubauen.

16. RadRegionRheinland - Erneuerung des Radweges L 289 "Straßen" *0562/2011*

Herr Buchen beurteilt die Maßnahme positiv. Er fragt nach, wann die beschriebene Fortführung des Weges bis Spitze erfolgt.

Herr Krafft bezweifelt die Notwendigkeit der Erneuerung.

Herr Schmickler informiert ergänzend über das aktuelle Ausbauprogramm des Landes entlang von Landesstraßen. Drei Maßnahmen stehen ganz oben auf der regionalen Prioritätenliste und sind für Bergisch Gladbach in Bearbeitung. Dies betrifft neben dem Radweg im Bereich Bensberg von Kaisersch Baach bis Ortseingang Heidkamp (L 288) sowie dem Lückenschluss zwischen Hummelsheim und Schildgen (L 288) auch den Lückenschluss zwischen Herkenrath und Spitze (L 289).

Alle drei Maßnahmen werden vom Landesbetrieb als in Bearbeitung bezeichnet.

Bei der Jahresbesprechung mit dem Landesbetrieb wird man nachfragen, wie die konkreten Zeitpläne aussehen.

Nach Auskunft von Herrn Hardt ist der Radweg 1984 angelegt worden. Problematisch sind die zahlreichen Setzungen. Dadurch ergeben sich nicht nur im Winter Gefahrenstellen. Durch die extrem starke Benutzung des Weges von Schülern ist es auch aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht dringend geboten, etwas zu unternehmen.

Herr Mömkes ruft zur Abstimmung auf.

Einstimmig fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr den Beschluss, die Erneuerung des Radweges entlang der westlichen Fahrbahnseite der Straße Straßen in Herkenrath gemäß der vorgestellten Form auszuführen.

Herr Mömkes übergibt die Sitzungsleitung an Herrn Ziffus.

17. Schaffung einer Fußgängerkanzel zur Schulwegsicherung in der Graf-Adolf-Straße

0538/2011

Herr Komenda spricht sich grundsätzlich für die vorgeschlagene Lösung aus. Er fragt nach, ob die Kanzel nicht etwas weiter in die Straße hinein verlegt werden soll, damit es keine Probleme mit dem Rückstau gibt.

Herr Hardt bestätigt, dass der Stauraum an dieser Stelle reichlich bemessen ist.

Die Vorlage wird so zur Kenntnis genommen.

18. Beschlüsse zum Abstimmungsverhalten des städtischen Delegierten in der 45. Verbandsversammlung des Strundeverbandes am 15.12.2011

0535/2011

Herr Ziffus teilt mit, dass Teile des Tagesordnungspunktes nichtöffentlich zu behandeln sind. Nach mehreren Wortbeiträgen wird entschieden, über den allgemeinen Teil öffentlich zu beraten und insbesondere über den Punkt 13 der Einladung zur Sitzung des Strundeverbandes im nichtöffentlichen Teil zu sprechen.

Herr Zalfen stellt heraus, dass von 25 Gesamtstimmen in der Verbandsversammlung auf die Stadt Bergisch Gladbach 10 Stimmen entfallen. Bei den Beiträgen leistet die Stadt Bergisch Gladbach einen Anteil von ca. $\frac{3}{4}$. Dieses Ungleichgewicht leuchte nicht ein. Zu kritisieren sei somit der geringe Stimmenanteil von Bergisch Gladbach. Herr Zalfen bittet daher, dafür zu sorgen, dass Bergisch Gladbach die Mehrheit in dem Verband hat.

Herr Wagner verweist auf die Vorgeschichte. Bei der Gründung des Verbandes sind diese Stimmverhältnisse festgelegt worden. Damals ist man von dem Leitgedanken ausgegangen, dass kein Partner in der Versammlung so stark sein soll, um alles zu bestimmen. Das Abstimmungsverhältnis hat bisher nie annähernd zu einem Disput geführt. Soweit eine Änderung gewünscht wird, müsste darüber in der Verbandsversammlung gesprochen werden.

Herr Santillán beantragt, in die Satzung des Strundeverbandes aufnehmen zu lassen, dass die Stadt Bergisch Gladbach künftig 15 Stimmen bekommt. Darüber hinaus beantragt er, auch über den TOP 4 (Jahresrechnung) im Ausschuss entscheiden zu lassen.

Herr Krafft kann die Stimmverhältnisse ebenfalls nicht nachvollziehen. Hauptnutznießer des Verbandes ist aus seiner Sicht die Firma M-real Zanders.

Herr Wagner bezeichnet die Stadt Bergisch Gladbach als Hauptnutznießer des Verbandes. Die Firma M-real Zanders leitet nicht in die Strunde ein, sondern in den Rechtsrheinischen Randkanal. Die Firma hat dort einen separaten Ableitungssammler gebaut und eine seit Jahrzehnten bestehende Einleiterlaubnis in den Rechtsrheinischen Randkanal. Als Anlieger der Strunde profitiert sie zwar vom Stundeverband, zahlt allerdings neben der Stadt auch den größten Finanzierungsanteil.

Herr Zalfen schließt sich dem Antrag von Herrn Santillán hinsichtlich der Stimmzahl an. Dann würde die Stadt über 15 Stimmen verfügen, die übrigen Beteiligten über 14 Stimmen.

Herr Schmickler gibt zu bedenken, dass die Stimmen nicht geteilt werden können. Insofern würde die Stadt Bergisch Gladbach bei 15 Stimmen immer die Mehrheit haben. Ob eine solche Majorisierung rechtlich möglich ist, wäre zunächst zu prüfen. Er bittet dies als Prüfungsauftrag zu formulieren.

Herr Santillán schlägt vor, die Vertretung in der Verbandsversammlung von Ratsmitgliedern oder vom Rat benannte Personen vornehmen zu lassen.

Herr Schallehn hält es für besser, auch für eine Erhöhung der Stimmenzahl der anderen Kommunen zu sorgen. Dann würde zumindest eine kommunale Mehrheit zustande kommen. Herr Krafft schließt sich dem an.

Herr Kremer schlägt zusammenfassend vor, zur Stimmverteilung einen Prüfauftrag zu beschließen.

Herr Zalfen verweist auf Seite 114, wo in § 13 Absatz 1 festgehalten ist, dass das Stimmverhältnis grundsätzlich dem Beitragsverhältnis entspricht.

Herr Galley spricht sich gegen eine Frontstellung zwischen Kommunen und privaten Firmen aus.

Herr Buchen verweist auf die Vergangenheit, in der die bisherigen Satzungsregelungen sich bewährt haben. Er hält es nicht für sinnvoll, Ratsmitglieder in die Strundeversammlung zu entsenden.

Herr Ziffus schließt die Diskussion. Bis zur Ratssitzung soll die Verwaltung den Prüfauftrag zur Stimmverteilung abarbeiten.

19. IV. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach
0575/2011

Es wird die Mitführung von Tieren auf Friedhöfen thematisiert.

Herr Schallehn schlägt vor, Kleintiere weiterhin zu erlauben und Hunde mit Anleinplicht.

Herr Mömkes spricht sich gegen eine Änderung hinsichtlich der Mitführung von Hunden aus. Ferner wird auf das Rauchverbot auf dem Friedhof in Refrath leider nicht hingewiesen.

Frau Schneider ist dafür, dass Hunde auf dem Friedhof erlaubt sind.

Herr Galley widerspricht. Die bisherige Regelung ist erst kurze Zeit in Kraft. Hier sollten erst weitere Erfahrungen gesammelt werden. Bisher hätten sich aus seiner Sicht die Vorgaben bewährt. Herr Schallehn verweist auf die bestehenden Ausnahmen für z. B. Blindenhunde. Für alte Menschen ist der Hund oft der einzige Bezugspunkt. Er befürwortet daher, Hunde generell zu erlauben.

Frau Bilo hält Hunde auf dem Friedhof für unpassend.

Herr Höller spricht sich aus der Praxissicht der Friedhofsverwaltung für die Beibehaltung der Regelung aus. In der Praxis wird das Eingreifermesser sehr zurückhaltend ausgeübt.

Der Antrag von Herrn Schallehn, Kleintiere und angeleinte Hunde auf dem Friedhof wieder zu erlauben, wird mehrheitlich abgelehnt.

Anschließend ruft Herr Ziffus zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag auf.

Die IV. Nachtragssatzung zur Satzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofssatzung) in der Fassung der Vorlage wird einstimmig beschlossen.

20. Anträge der Fraktionen

20.1. Antrag der CDU und FDP Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Straße In der Auen 0550/2011

Herr Höring begründet den Antrag kurz. Es geht um den Schutz des Wohngebietes und die Entlastung der Bewohner des Wohngebietes.

Er spricht sich dafür aus, dass der Ausschuss die Straßenverkehrsbehörde bittet, den kompletten Straßenzug durchgehend mit Tempo 30 auszuweisen und dass der Ausschuss gleichzeitig die Veränderung der Vorfahrtsregelung inklusive baulicher Veränderungen beschließt.

Hinsichtlich der Tonnagebeschränkung wäre eine einheitliche Regelung wünschenswert.

Außerdem stellt er die Frage, ob in der Straße In der Auen wieder Parkplätze markiert werden können, die im Rahmen einer Baumaßnahme weggefallen sind. Es handelt sich um 4 Parkplätze in Höhe von Haus Nr. 98 sowie einen weiteren Parkplatz in Höhe von Haus Nr. 127. Es bittet zu prüfen, ob dies möglich ist.

Herr Galley befürwortet den Antrag für die SPD.

Herr Santillán schließt sich dem ebenfalls an.

Herr Jentsch hält zu Punkt 3 gut wahrnehmbare Fahrbahnmarkierungen für sinnvoll.

Herr Ziffus lässt über die zwei Beschlussaufträge abstimmen, das ist der Punkt 1 und der Punkt 3 des Antrages.

Bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der SPD und der Freien Wähler wird dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

Anschließend wird über die Prüfaufträge zu einer einheitlichen Beschilderung zur Tonnagebeschränkung und der Anlegung von Parkplätzen von Höhe der Häuser Nr. 98 und 127 abgestimmt.

Bei zwei Enthaltungen aus den Reihen der SPD und der Freien Wähler wird dem Antrag mehrheitlich zugestimmt.

20.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eingegangen am 28.10.2011, die Tierheimgebühren für die Aufnahme eines Hundes bei der Hundesteuer anzurechnen 0589/2011

Wie in der Stellungnahme ausgeführt, wird der Antrag am 8. Dez. zuständigkeithalber im Haupt- und Finanzausschuss behandelt.

20.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Verbot der kommerziellen Ausstellung von Tieren auf dem Stadtgebiet von Bergisch Gladbach
0578/2011

Da noch Informationen eingeholt werden müssen, wird der Antrag in der nächsten Sitzung behandelt.

Herr Galley möchte wissen, worauf der Antrag konkret abzielt, ob es um Tierschauen geht oder ob es auch jeden Zirkus betreffen würde.

Herr Santillán verweist auf eine gesetzliche Regelung, die vor der Tür steht. Er schlägt vor, diese Veränderungen abzuwarten.

Herr Schallehn erläutert den Antrag. Es geht um Tierbörsen, auf denen Nachzuchten gehandelt werden. Da die Anbieter von einem Ort zum anderen ziehen, ist dies nicht artgerecht, da die Tiere jeweils dem Reisetress ausgesetzt sind. Betroffen sind ferner die Aussteller, die Reptilien an verschiedenen Orten präsentieren, außerdem bezieht sich der Antrag auch auf Zirkusunternehmen.

Herr Widdenhöfer verweist auf die Vorlage.

Nachdem die fachliche Stellungnahme des Kreises vorliegt, wird der Antrag wieder dem Ausschuss vorgelegt.

Herr Wagner bittet um Klärung, ob darunter auch eine Fjordpferdeschau fällt. Dies würde er sehr negativ sehen.

Herr Mörs fragt danach, ob Kaninchenausstellung und Vogelausstellungen davon auch betroffen wären.

Herr Ziffus schlägt vor, die gestellten Fragen bis zur nächsten Sitzung bzw. Behandlung des Antrages zu klären.

20.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eingegangen am 31.10.2011, die Produktgruppen "Natur- und Landschaftsschutz" und "Umweltschutz" im Zielsteuerungskonzept und Haushaltsplan mit Zielen zu ergänzen
0605/2011

Herr Höring wartet auf die angekündigte Einladung zum Arbeitskreis. Es wäre zunächst sinnvoll, die Angelegenheit bei einem Treffen zu besprechen, bevor im Ausschuss darüber beraten wird.

Herr Schallehn sagt zu, wie schon länger verabredet, die Koordination eines Termins für ein Treffen zu übernehmen.

20.5. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, eingegangen am 31.10.2011, die abgegrenzten Parkplätze im Jahr 2012 mit Schranken und Bezahlautomaten zu versehen, die Bewirtschaftung dieser Parkplätze der SVG zu übertragen und ein Parkleitsystem in den drei Zentren zu installieren
0607/2011

Herr Ziffus verweist auf die ausgeteilte Tischvorlage.

Herr Höring schlägt entsprechend des Verwaltungsvorschlages vor, die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zu behandeln.

Herr Widdenhöfer verweist auf die Konkurrenzsituation, die dann entstehen würde, wenn abgegrenzte, außerhalb der Straßen gelegene Parkplätze mit Schranken und Bezahlautomaten versehen würden. In einem solchen Fall tritt man in Wettbewerb zu privaten Anbietern. Hier würde dann die Umsatzsteuer von 19 % fällig. Mit dem Bundesfinanzhof streitet man sich bereits darüber, ob die jetzige Handhabung umsatzsteuerpflichtig ist.

Herr Ziffus fragt danach, wie dies in anderen Städten (Köln oder Leverkusen) gehandhabt wird.

Herr Komenda bittet für die weiteren Beratungen um einen Erfahrungsbericht zum Testlauf mit den kostenlosen Parkplätzen an Samstagen hinter dem Rathaus in Bensberg.

Der Tagesordnungspunkt wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses wieder aufgegriffen.

21. Anfragen der Mitglieder

Anfrage von Herrn Buchen:

Meine erste Frage ist, wie die Übernahme der Geschwindigkeitsüberwachung vom Kreis, hier insbesondere hinsichtlich neuer Standorte der Starenkästen, im AUKV thematisiert werden soll.

Des Weiteren frage ich nach, in welchem Turnus die Straßenreinigung in der unteren Hauptstraße im Bereich Gronauer Wirtshaus bis zum Driescher Kreisel durchgeführt wird. Ich bin im Wahlkampf von unzufriedenen Bürgern darauf mehrfach angesprochen worden.

Zum Themenkreis Spielplätze möchte ich mitteilen, dass wegen der augenblicklich prekären Haushaltssituation Spielgeräte nicht mehr ersetzt, sondern unmittelbar abgebaut werden, was bei betroffenen Bürgern für viel Unmut führe. Ich rege deshalb an, dass mit einem Vorlauf von zwei Wochen die Anlieger über einen Abbau informiert werden sollen. Weitergehend frage ich nach dem weiteren Vorgehen hinsichtlich der künftigen Ausstattung von Spielplätzen sowie der Behandlung im Ausschuss.

Meine letzte Anfrage zielt auf die Wärmegewinnung aus Bergwerksstollen ab. Daher frage ich nach Erfahrungen damit innerhalb der Verwaltung. Dazu gebe es im Technologiepark eine entsprechende Firma, die in diesem Bereich am Markt auftrete. Nach Aussage der Firma gebe es im Stadtgebiet mit ihren vielen Stollen durchaus geeignete Ansatzpunkte. Dazu liege mir ein Konzept vor, dass ich gerne der Verwaltung zur Verfügung stellen möchte, um schon im Vorfeld Möglichkeiten des Einsatzes prüfen zu können.

Herr Kremer antwortet, dass aus Gründen der Verkehrssicherheit zum Abbau von Spielgeräten direkt nach dem bekannt werden von Schäden zu handeln sei, es könne wegen möglicher Gefahren für die Benutzer nicht noch zwei Wochen gewartet werden.

Herr Widdenhöfer gibt bekannt, dass in den nächsten Wochen die Aufgabe der stationären Geschwindigkeitsmessungen vom Kreis übernommen wird – die von dort übermittelten Angaben seien aber nochmals einer Prüfung zu unterziehen. Er gehe davon aus, die ersten Erfahrungen Ende 2012 dem Ausschuss vorlegen zu können, auch hinsichtlich neuer, von z.B. der Polizei vorgeschlagener Standorte.

Die beiden anderen Fragen werden schriftlich beantwortet.

Anfrage von Herrn Mömkes:

Ich beziehe mich auf eine Anregung, nach der in den Starenkästen eine neue, auch in Gladbach vertriebene Technik eingebaut werden soll, mit der neben der Geschwindigkeit auch das Gesamtgewicht der Fahrzeuge gemessen werden könne. Ich verweise auf positive Erfahrungen nicht nur in einigen Städten in Deutschland, sondern auch im benachbarten Ausland. Habe die Stadt dies bei der Übernahme der Aufgabe vom Kreis planerisch bereits berücksichtigt?

Meine zweite Frage bezieht sich auf eine erhöhte Belastung des Trinkwassers mit Kalk in der Ortslage Romaney. Wie kommt es zu dieser Belastung?

Herr Ziffus sagt zu, die letzte Frage zur Beantwortung an die Belkaw weiterzuleiten, die andere werde schriftlich beantwortet.

Anmerkung:

Auf die Anfrage zur Belastung des Trinkwassers ist am 12. Dez. per mail folgende Antwort der Belkaw eingegangen:

„Sehr geehrter Herr Mömkes,
wir wurden am 8.12. mit einem Schreiben der Stadt Bergisch Gladbach gebeten, Ihre in der Niederschrift der Sitzung des städtischen Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 24.11.2011 festgehaltene Frage zu beantworten.

Sie baten um Klärung, wie es zu einer erhöhten Belastung des Trinkwassers mit Kalk in der Ortslage Romaney kommen kann.

Uns liegen keine Erkenntnisse vor, wonach der Kalkgehalt des Trinkwassers im Romaney angestiegen wäre.

Umgangssprachlich wird mit „Kalk“ im Wasser die Wasserhärte gemeint, d. h. der Gehalt an Calcium- und Magnesium-Ionen. Die Mineralstoffe Calcium und Magnesium sind lebensnotwendig und zudem für den erfrischenden Geschmack des Trinkwassers verantwortlich. Trinkwasser ist ein Naturprodukt. Beim Durchtritt des Wassers durch Böden und Grundwasserleiter gehen verschiedene Mineralstoffe in Lösung. Je nach Fließstrecke des Wassers im Grundwasserleiter und der Beschaffenheit des Untergrundes, durch den das Wasser vor seiner Fassung im Wasserwerk sickert, weist es mehr oder weniger hohe Mineralstoffgehalte auf. Das durch die BELKAW gelieferte Trinkwasser hat eine mittlere Wasserhärte von $10,2 \pm 1,8$ °dH. Dies entspricht dem Härtegrad „mittel“. Der Gehalt an Magnesium- und Calcium-Ionen entspricht der natürlichen Mineralisierung des lokalen Grundwassers und zeugt von dessen Naturbelassenheit. Aufgrund der konstanten natürlichen Gegebenheiten weist die Wasserhärte im Grundwasser und im Trinkwasser der BELKAW im Zeitverlauf keine signifikanten Veränderungen auf.

Wenn Sie Fragen oder Hinweise haben, rufen Sie mich doch bitte an.

Mit freundlichen Grüßen

Willibald Vossen

Geschäftsführer Bergische Licht-, Kraft- und Wasserwerke (BELKWA) GmbH“

Anfrage von Herrn Jentsch:

Auf Grund der im Freiraumkonzept dargestellten sehr unterschiedlichen Anzahl von Kindern auf den einzelnen Spielplätzen im Stadtgebiet frage ich nach, ob sich daraus Änderungen, insbesondere in der Anzahl von Spielplätzen sowie deren Standorte ableiten lassen.

Auch zu dieser Frage wird eine schriftliche Beantwortung zugesagt.

Anfrage von Herrn Krafft:

In der letzten Legislaturperiode wurde beschlossen, ein mobiles Geschwindigkeitsmessfahrzeug anzuschaffen. Seit einigen Monaten vermisste ich hingegen dieses Fahrzeug. Ist dieses inzwischen wieder abgeschafft worden?

Herr Widdenhöfer verneint die Frage mit dem Hinweis, dass dieses Fahrzeug mit wechselnden Kennzeichen und Farbe an inzwischen 100 Standorten eingesetzt werde.

Anfrage von Herrn Wagner:

Waren die Gründe für den augenblicklichen Stillstand in der Baumaßnahme Ottostraße nicht bereits von zwei Jahren, also vor Baubeginn absehbar? Es sei ja bekannt, dass die eventuell einzuschaltende Bezirksregierung längere Zeit zur Prüfung einer erforderlichen Genehmigung benötige. Auch sei die den Bürgern angekündigte Bürgerversammlung noch immer nicht durchgeführt worden. Langsam sei dieser Zwischenzustand nicht mehr hinnehmbar.

Herr Wagner (Stadtverwaltung) antwortet, dass es tatsächlich so sei, dass der zunächst aufgestellte Zeitplan nicht mehr haltbar gewesen sei. Es werde aber in kurzen Abständen immer wieder mal bei der Bezirksregierung nachgefragt; eine Möglichkeit, dort zeitlichen Druck auszuüben, bestehe jedoch leider nicht.

Herr Ziffus schließt alsdann um 20:25 Uhr den öffentlichen Teil dieser Sitzung.

Vorsitzender

Schriftführung